Nr. 349/2020 | 04. November 2020

Presse

AG Sicherheits- und Verteidigungspolitik
AG Haushalt

Abschlussbericht zur Berateraffäre: Beratertätigkeiten einschränken

***Dennis Rohde**, haushaltspolitischer Sprecher;*
***Siemtje Möller**, stellvertretende verteidigungspolitische Sprecherin:*

Heute diskutiert der Bundestag den Abschlussbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Affäre um rechtswidrig vergebene Beraterverträge im Bundesverteidigungsministerium. Die SPD-Fraktion im Bundestag fordert, den Einsatz von Beratern in allen Ministerien zu hinterfragen.

„Wir haben knapp zwei Jahre lang im Untersuchungsausschuss die Vorgänge im Bundesverteidigungsministerium durchleuchtet. Drei Dinge sind dabei ganz deutlich geworden: Es gab eine zu große Nähe zwischen Beratern und Beamten des Ministeriums, zahlreiche Verstöße gegen das Vergaberecht sind ans Licht gekommen und die daraus resultierenden personellen Konsequenzen im Ministerium waren zweifelhaft.

Der Untersuchungsausschuss hat gezeigt, dass der Einsatz von Beratern in allen Ministerien hinterfragt werden muss. Es muss künftig wieder Knowhow im Haus gehalten werden und es darf nicht sein, dass Expertise lediglich durch externe Beratung außerhalb der Häuser vorhanden ist.

Der Ausschuss hat aufgeklärt, was im Verteidigungsministerium geschehen ist und vor allem was falsch gelaufen ist. Nun ist es am Verteidigungsministerium und den anderen Häusern die aufgezeigten Mängel in der Praxis mit Beraterverträgen zu beheben, damit es nicht noch einmal zu vergleichbaren Vorgängen kommt.“

Impressum
Herausgeber Carsten Schneider, MdB | **Redaktion** Albrecht von Wangenheim
Telefon (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-Mail Presse@spdfraktion.de

SPD Fraktion im Bundestag

Text kann im Internet unter **www.spdfraktion.de** abgerufen werden.